

Mit Quartierkommissionen die Nase vorn

Autor(en): **Schärrer, Sabine**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **96 (2021)**

Heft 11: **Bern**

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-977433>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mit Quartierkommissionen die Nase vorn

Von Sabine Schärner

Während gerade Genossenschaften eine lange und lebendige Tradition der Beteiligung und Mitwirkung ihrer Mitglieder kennen, ist die institutionalisierte Form von politischer Mitsprache auf Quartierebene noch wenig verbreitet. Es ist darum interessant, dass in diesem Bereich die Stadt Bern eine eigentliche Pionierrolle einnimmt und für einmal die Nase ganz vorne hat.

Aufgrund eines parlamentarischen Vorstosses linker Parteien 1973 wurde bereits 1977 eine erste Quartierkommission in einem der fünf Stadtteile eingeführt. Der Versuchsbetrieb war erfolgreich, wurde sukzessive auf andere Quartiere ausgeweitet, und ab 1998 wurden in der Gemeindeordnung die Mitwirkungsorgane der Bevölkerung fest verankert. Damit ging die Gemeinde Bern wesentlich über den seit 1979 auf eidgenössischer Ebene im Raumplanungsgesetz festgeschriebenen Grundsatz der Bevölkerungsmitwirkung in Planungsfragen hinaus.

Mitsprache und mehr bei Planungen

Der Auftrag der Quartierkommissionen liest sich in erster Linie als Kommunikationsauftrag zwischen Bevölkerung und Verwaltung: Sie nehmen Anliegen der Bevölkerung entgegen und vermitteln Informationen zu Vorhaben und Aktivitäten der städtischen Behörden, zum Beispiel mit Quartierzeitungen oder an Versammlungen. Zudem sind sie zuständig für die Förderung von Kontakt und Informationsaustausch mit und unter der Quartierbevölkerung. Es herrscht das Öffentlichkeitsprinzip – alle Versammlungen sind öffentlich.

Die aktuell fünf Berner Quartierkommissionen vertreten durchschnittlich rund 25 000 Einwohnerinnen und Einwohner. In einem Artikel der Quartierzeitung des Stadtteils 4 wurde ihre Rolle wie folgt beschrieben: «Die Quartierkommission [...] lebt vom Dealen mit Meinungen, Fragestellungen, möglichen Antworten und deren Transport zwischen «oben und unten». Sie ist als Zwischenhändlerin besorgt dafür, dass Ideen, Projekte und Geschäfte weder zwischen Fronten zerrieben werden, noch zwischen Stuhl und Bank fallen. Zwischenberichte, Zwischenlösungen, Zwischenziele sollen sich unter Mithilfe der Quartierkommissionen zu Endgültigem, Schlüsseligem und allseits Akzeptiertem destillieren.»

Die Quartierkommissionen sind als Vereine organisiert und «Dachorganisationen» aller in ihrem Perimeter tätigen Vereine, Institutionen und Parteien für die Mitwirkung. Zur Gewährleistung der Repräsentanz ist die Mitgliedschaft

aller im Stadtparlament in Fraktionsstärke vertretenen Parteien vorgeschrieben. Die Stadt entrichtet eine minimale Abgeltung, die den ständig gewachsenen Anforderungen an ein professionelles Management der Geschäftsstellen heute bei weitem nicht mehr entspricht.

Für alle da?

Der Vorteil des Berner Modells ist, dass mit ihm die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bevölkerung zum partizipativ angelegten Dauerprozess wurde, der die Bevölkerung laufend und frühzeitig in die Diskussion einbezieht. So können Konzepte entwickelt werden, die von allen getragen werden und demzufolge auch umsetzbar sind. Die übliche Beschränkung auf politische Entscheidungsträger mit ihrer Möglichkeit zur Stellungnahme zu fertigen Konzepten ist damit permanent erweitert. Ein erfolgreiches Beispiel der letzten Jahre ist die Überbauung Burgernzielareal, wo dank der frühzeitigen Intervention der Quartierkommission öffentliche Parterreräume, ein Quartierbüro und ein Restaurant ins Wettbewerbsprogramm aufgenommen wurden. Auch in das Grossprojekt «Bypass A6» zur Umgestaltung der Autobahn, das eine eigentliche Stadtreparatur in Berns Osten ermöglichen wird, wurde die Kommission von Beginn weg eng einbezogen.

Es handelt sich klar um eine relativ hochschwellige Form von Bevölkerungsmitwirkung. Bewohnende müssen sich in Vereinen oder Parteien organisieren. Mitgliedschaften von Einzelpersonen sind ausgeschlossen. Diese Zutrittschürde ist für gewisse Bevölkerungskreise offensichtlich zu hoch. Eigentlich, so hätte man meinen können, wären die Kommissionen ein gutes politisches Betätigungsfeld für alle, etwa auch für die ausländische Wohnbevölkerung oder für Jugendliche. Weshalb funktioniert dies trotz ehrlicher Bemühungen seitens der Stadt nicht? Vermutlich ist das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene fast Voraussetzung für das Interesse, sich in den Kommissionen zu engagieren; die umgekehrte Idee des «politischen Trainingsfeldes auf Quartierebene» hat bisher jedenfalls nicht funktioniert. Einfache Antworten wird es kaum geben, aber sicher ist, dass das Thema politisch und unter intensiver, aber zeitaufwändiger Nutzung neuer Kommunikationsformen angegangen und das «Berner Modell» weiterentwickelt werden sollte. ■

«So können Konzepte entwickelt werden, die von allen getragen werden und umsetzbar sind.»



Bild: zVg.

Sabine Schärner war 25 Jahre lang in der «Quartierkommission 4» tätig, davon je sieben Jahre als Geschäftsführerin und als Präsidentin.

Die ETH-Architektin sass vier Jahre für die Berner SP im Stadtrat und war Mitglied im städtischen Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Ausserdem hat sie sich viel in Freiwilligenarbeit engagiert und war 14 Jahre im Präsidium des Dachverbands für die Gemeinschaftszentren vbg Bern.